

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 15.—, vierteljährl. RM. 45.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 48.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Hfg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discountgebl., Zweigst. Waldb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. : Reklame-
zeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inserate u. bei Auskunfterteilung werden
jeweils 1 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 96

Samstag 179

Waldbad, Mittwoch, den 26. April 1922

Samstag 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Am 20. April ist in London eine weitere Geldsendung von 175 Millionen Goldmark aus Berlin eingetroffen.

Nach einer italienischen Meldung soll Lenin von Moskau nach Genua abgereist sein.

Den Londoner „Times“ zufolge sind die amerikanischen Bankiers der Meinung, daß „unter geeigneten Bedingungen“ ein beträchtlicher Teil der Entschädigungsschuldbeschreibungen in Amerika untergebracht werden könne.

Der amerikanische Milliardär Morgan hat die Einladung der Pariser Entschädigungskommission angenommen, an dem Untersuchungsausschuß für die Möglichkeit einer internationalen Entschädigungsanleihe für Deutschland teilzunehmen. Morgan will Mitte Mai nach Europa abreisen.

Aus Peking wird gemeldet, daß ein Kampf zwischen den Heeren des Marschalls Chang Tso Lin und des Generals Wu bei Tschifu bevorstehe. Die 29. Mandschuren-Division und ein Eisenbahnzug mit Flugzeugen sind in Tientsin angelangt.

Der Wiederaufbau Rußlands

Die letzte Hoffnung von Genua

Aus Genua wird uns geschrieben: Trotz des Aufstiegs, den der deutsch-russische Vertrag angerichtet hat, ist es doch allgemeine Ansicht, daß die Verhandlungen über den Wiederaufbau Rußlands ohne Högern fortgesetzt werden müssen. Und zwar wird Deutschland, wenn es auch jetzt „zur Strafe“ aus der politischen Unterkommission, der sogenannten russischen Kommission ausgeschlossen ist, über kurz oder lang doch wieder aufgefordert werden, an diesem grünen Tische Platz zu nehmen, aus dem einfachen Grund, weil es nicht so aussehen soll, als sei die geplante internationale Finanzgesellschaft für Rußland lediglich von England erdacht, von England gegründet und gegängelt (was in Wirklichkeit der Fall ist). Deutschland soll auf irgend eine — möglichst harmlose — Weise dazwischen geschaltet werden. Deutschland soll der Strohmänn sein.

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist nach der Ansicht der Verbündeten im Grunde nichts anderes als eine neue, wenn auch nur wirtschaftliche Einmischung. Sie hat den kaum noch verschleierte Zweck, aus Rußland in kürzester Frist soviel Säfte wie möglich zu ziehen, um dem krank gewordenen Wirtschaftskörper Europas wieder aufzuhelfen. Alle Arten des russischen Volkseinkommens sollen angepömpelt werden, um zum Wiederaufbau des zerrütteten Westeuropas beizutragen. In diesem Sinn sind auch die „Garantien“ zu verstehen, von denen die englische Denkschrift sprach, als es die künftigen Einkünfte und Einklassquellen bezeichnete, die bis zum 1. November 1927 angeblich zur Deckung gewisser westeuropäischer Schadenserfordernisse bereit gehalten werden sollen. Wenn es nach den englischen Sachverständigen ginge, wäre Rußland einfach in eine Art Indien zu verwandeln.

Die russischen Vertreter in Genua, die den westlichen Diplomaten nichts nachgeben, haben die Eigennützigkeit des Planes längst durchschaut. Als man Tschitscherin fragte, warum er den deutsch-russischen Vertrag nicht Lloyd George vorgelegt habe, gab er höhnisch zur Antwort: „Sind wir Russen schon ein britischer Untertanenstaat?“ England ist jedenfalls der leitende Geist des Planes. Die Folge ist, daß bei diesem angeblich rein wirtschaftlichen Vorstoß die englische Politik das Feld beherrschen wird.

Und welches ist die englische Politik? Sicherlich nicht die eines baldigen großzügigen Wiederaufbaus der russischen Macht. Ganz im Gegenteil. England sieht nach wie vor in der Schwächung seines russischen Nebenbuhlers in Asien, zu dem die Gegensätze seit 70 Jahren sich so zugespitzt haben, ein heiligeres Ziel. Lloyd George wünscht nicht etwa als Endergebnis seines wirtschaftlichen Einschreitens den Sturz des Bolschewismus. Durchaus zutreffend schreibt der mit allen Wassern gewaschene Nadel Sobelsohn in einer Schrift, die in Genua auf allen Schreibtischen liegt: „Die britische Regierung — und gerade dies ist das Bezeichnende der englischen militärischen Politik Rußland gegenüber — fürchtet einen schnellen Sturz der Sowjetmacht.“ Die bolschewistische Presse, die man auf der Konferenz in französischer und englischer Uebersetzungen zu lesen bekommt, erklärt, daß die Sowjetregierung dem Lloyd

George'schen Wiederaufbauplan, wie er aus der Londoner Denkschrift sich herauschäle, nie und nimmer zustimmen werde.

Freilich wird nicht die Moskauer Regierung diese Frage entscheiden, sondern die Konferenz von Genua. Der erste Streitapfel werden die russischen Eisenbahnen sein. Dürfen sie, können sie in bolschewistischen Händen bleiben? Und wie stellt man sich die Neugestaltung der russischen Eisenbahnen ohne deutsche Mitarbeit vor? Deutschland soll an dem Wiederaufbau der russischen Industrie teilnehmen, aber unter politischer und finanzieller Vormundschaft Englands. So entstand die Gefahr, daß ein Keil in die natürliche Annäherung Deutschlands und Rußlands getrieben würde und die Antwort war der — deutsch-russische Vertrag. Wenn auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen die russische Vertretung in ihren Ansprüchen einen Pflock zurücksteckt, und die Deutschen leider vielleicht zwei Pföde: England muß schließlich doch selber Zugeständnisse machen, weil sonst in dem einzigen letzten Kernpunkt der Konferenz, an den sich alle Hoffnung klammert, in der russischen Frage, nichts zustande kommt.

K. R.

Der französische Reparationschwandel

Wir haben bekanntlich nicht bloß für die Kriegsschäden, für die auch von Engländern, Amerikanern und Franzosen niedergebrannten Gebäude usw. aufzukommen, Frankreich hat als „Entschädigungen“ auch die Pensionen und „Allocationen“ verlangt, welche an seine Kriegswaisen und deren Nachkommen gezahlt werden. Die Allocationen stellen nun einen merkwürdigen Posten in der großen Erfassungsberechnung dar. Es war kein bloßes Schlagwort, als während der Versailles Friedensunterhandlungen von französischer Seite erklärt wurde, durch den Vertrag werden die Deutschen für Jahrzehnte Sklavenarbeit für die Franzosen zu verrichten haben. Durch die Verpflichtung, daß wir auch die Allocationen zu bezahlen haben, sind in Frankreich tatsächlich viele Tausende zu unberechtigten Rentnern erhoben worden, Tausende von Faulenzern führen dort jetzt auf unsere Kosten ein müßiges Dasein. Anfanglich bewilligte die französische Regierung die „Allocationen“, d. h. Unterstützungsgelder nur für Familien, deren Brotverdiener an der Front stand oder gefallen war. Dann aber, als im Versailles Vertrag die französische Annäherung durchgedrungen war, daß „der Boche alles bezahlt“, und daß man die Deutschen für alle Ausgaben verantwortlich machen werde, da erschien eine neue Regierungsverordnung, wonach auch jene einen Anspruch auf eine Unterstützung hatten, die ein Familienmitglied an der Front hatten oder welches gefallen war, das als „Familienunterstützer“ angesprochen werden konnte. Die freigebige Staatskasse öffnete sich also jenen Vätern, Müttern, Schwestern und Brüdern, die darlegen konnten, daß sie früher von dem Gefallenen unterstützt worden waren.

Und nun die Pensionen der „Kriegs-Witwen“! Kriegswitwen sind heute auf dem französischen Heiratsmarkt sehr gesucht. Warum? Weil man mit der Kriegswitwe gleichzeitig auch eine staatliche Rente ehelicht. Die Auszahlung der Pension wird nämlich nicht mit der Wiederheiratung der Witwe eingestellt, nein, sie wird weiter ausbezahlt, auch wenn die Witwe eine neue Ehe eingeht. Daher zählt man heute in Frankreich äußerst wenig Kriegswitwen, die den Gefallenen einsam weiter betrauern. Das vollständig gewordene Ehepaar ist jetzt, wenn sich eine mit einer staatlichen Pension versehenen Kriegswitwe mit einem Kriegsbeschädigten verbinden kann, der seinerseits seine von Deutschland zu bezahlende Invalidenpension mit in die Ehe bringt. Dies ergibt zwei staatliche Renten, die, wenn Kinder von dem Gefallenen vorhanden sind, noch durch etliche staatliche Erziehungsbeiträge vergrößert werden können.

In der Zwischenzeit, daß die Deutschen „alles bezahlen“ werden, hat die französische Regierung mit vollen Händen die Unterstützung ausgereut und sich dadurch in den breiten Massen der Bevölkerung einen sicheren Anhang geschaffen. Jetzt natürlich begibt die Sorge vor der Wahrscheinlichkeit, daß sich von den Deutschen vielleicht doch nicht alles erpressen läßt. Wie aber soll man dann die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den unzähligen neugeborenen Rentnern weiter erfüllen? Diese stimmen selbstverständlich mit Begeisterung zu, daß gegen den Schuldner die weitestgehenden „Sanktionen“ angewandt werden. Je annähernder Poincaré und seine Leute gegen Deutschland auftreten, desto lauter wird der Beifall der in ihrer Staatspründe bedrohten Rentner.

Frankreich hat also die dringendsten Gründe, seinen ungeheuren Entschädigungsschwandel nicht in Genua zur Sprache kommen zu lassen. Desto mehr Grund haben wir zu hoffen, daß die Haltung der Franzosen in Genua doch dazu führen wird, alle übrigen Konferenzteilnehmer davon zu überzeugen, daß die Befriedung Europas nicht möglich ist, so lange die

politischen Fragen, Abrüstung, Wiedergutmachungserepressionen und Annexionen nicht offen und ehrlich besprochen werden, wie es alle Völker außer den Franzosen und ihren Hörigen wünschen.

Von der Konferenz in Genua

Lloyd George konferenzzüde?

Genua, 25. April. Einige Berichterstatter erfahren, Lloyd George beabsichtige, Ende dieser Woche nach London zurückzukehren, da er angeblich bei dem bevorstehenden Besuch des Königs der Belgier in London anwesend sein müsse. Es sei beschlossen worden, die Konferenz am 2. Mai mit einer Feyer zu schließen, zu der auch Poincaré kommen werde, um eine Ansprache zu halten. Der „Rest der Arbeit“ solle den Sachverständigen vorbehalten bleiben. (Nach einer anderen Meldung würde der Schluß erst am 10. Mai stattfinden.)

Verfängliche Anfrage des Kleinen Verbands

Genua, 25. April. Im Auftrag des Kleinen Verbands soll der rumänische Vertreter Bratiannu Lloyd George gefragt haben, ob der Große Verband denn überhaupt noch bestche, da gerade in den wichtigsten Fragen Frankreich und England gegensätzlicher Meinung seien. Lloyd George antwortete, er wäre entsetzt, wenn eine Trennung sich vollziehen müßte. England werde aber an die Seite derer treten, die den Frieden wollen.

Russische Forderungen

Genua, 25. April. Im Untersuchungsausschuß für die russischen Angelegenheiten erklärten die russischen Vertreter, daß sie das beschlagnahmte Eigentum von Ausländern nicht zurückerkennen können, da alles „nationalisiert“ sei. In Rußland gebe es überhaupt kein Privateigentum mehr. Dagegen verlange die Auslieferung des Geldes der vormaligen russischen Regierung, das sich in französischen und englischen Banken befinde. Private Aktiengesellschaften seien in Rußland nicht zulässig, die Verbündeten müßten sich daher mit Geld an staatlichen Aktiengesellschaften beteiligen. Die Sitzung wurde abgebrochen und wird später ohne die Russen wieder aufgenommen werden.

Poincaré droht

Paris, 25. April. Ministerpräsident Poincaré hielt bei der Eröffnung des Generalkonvents des Norddepartements in Bar-le-Duc eine Ansprache, in der er ausführte, Frankreich wäre einen großen Teil seiner finanziellen Schwierigkeiten los, wenn der Friedensvertrag mit seinen Entschädigungen und Pensionen und der völligen Entwaffnung Deutschlands bis zur militärischen Ohnmacht richtig durchgeführt worden wäre. Frankreich wünsche keinen Gebietsraub, aber wer möchte nach dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrags nicht eine zu rasche Abrüstung als Unklugheit empfinden? In Deutschland werden immer noch Waffen gefunden. Es müsse zuerst vollkommen entwaffnet sein, ehe Frankreich an die Abrüstung denken könne. Wenn der Vertrag von Rapallo von den Verbündeten hingenommen worden wäre, so hätte dies die Sprengung der Konferenz von Genua bewirken müssen. Es sei nunmehr eine politische Lage geschaffen, die das europäische Gleichgewicht zu entblößen oder vielleicht zu stützen geeignet sei. Die Vergeltungshoffnungen bei den Deutschen und die Revolutionabsichten der Bolschewisten zwingen die Völker, auf der Anwendung der moralischen Kräfte zu beharren. Frankreich werde in Genua nur bleiben, wenn keinerlei Zugeständnisse an Deutschland oder an Rußland gemacht werden; es werde sich genau an die Londoner Denkschrift halten. Wenn nötig, werde Frankreich seine Sache in voller Unabhängigkeit allein verfechten und die Waffen nicht fallen lassen, die der Vertrag von Versailles ihm in die Hand gegeben habe.

Der Widerhall in Paris

Paris, 25. April. „Journal“ schreibt, Poincaré habe in Bar-le-Duc bereits den Fall ins Auge gefaßt, daß Frankreich mit England nicht mehr Hand in Hand gehen könne. — „Oeuvre“ sagt, Frankreich ist vollkommen bereit, mit den Engländern zu brechen, um sich allein auf den Weg nach Berlin zu machen. — „Populaire“ meint, wenn man sieht, mit welcher Beharrlichkeit Poincaré auf den Verfalltag der Forderungen der Entschädigungskommission (31. Mai) und seine Folgen hinweist, so muß man bezweifeln, ob er sich über die gegenwärtige Lage Rechenschaft ablegt.

Die englische Presse über Poincarés Rede

London, 25. April. Die Rede Poincarés in Bar-le-Duc wird in der Londoner Presse sehr beachtet und fast allgemein als eine Drohung an Deutschland aufgefaßt. Daily Chronicle“ schreibt, die Rede bestätige, daß das seltsame Verhalten Poincarés in Genua auf Poincaré zurückzuführen sei. Auf seine Drohung, daß Frankreich den Säbel allein ohne die Verbündeten schwingen werde, können die Verbündeten nur antworten, daß wenn Frankreich bei seinem Verfalltag gegen

